



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Fraktion im Rat der Stadt Laatzen

Beratungsgegenstand:

Unterstützung für den kommunalen Solidarpakt 2020

Antrag:

Der Rat der Stadt Laatzen fordert den Bürgermeister auf, die von Bundesfinanzminister Olaf Scholz ergriffene Initiative für einen kommunalen Solidarpakt 2020 zu unterstützen und sich bei der Region Hannover, der Landesregierung, der Bundesregierung und den Fraktionen im Deutschen Bundestag dafür einzusetzen, dass dieser Vorschlag jetzt zeitnah umgesetzt wird.

Begründung:

Aufgrund der Corona-Krise sinken die Gewerbesteuereinnahmen auch für Laatzen dramatisch. Wir brauchen diese Einnahmen, um das öffentliche Leben in unserer Stadt finanzieren zu können. Für den Neubau von Kindertagesstätten, Schulen und Feuerwehrhäusern sowie die Aufrechterhaltung der Kommunalen Infrastruktur werden in den nächsten Jahren in erheblichem Maße Finanzmittel erforderlich.

Die aktuelle Steuerschätzung vom 14. Mai 2020 geht davon aus, dass in diesem Jahr allein bei der umsatzabhängigen Gewerbesteuer mit Mindereinnahmen von gut zwölf Milliarden Euro für alle Kommunen zu rechnen ist. Für Laatzen wird mit Mindereinnahmen in Höhe von mindestens vier Millionen Euro gerechnet. Hinzu kommen Mehrbelastungen durch erhöhte Sozialausgaben und Mindereinnahmen in anderen Bereichen. Diese erheblichen Steuermindereinnahmen setzen uns in Laatzen unter Druck und gefährden die Finanzierung wichtiger Aufgaben in unserer Stadt. Ein Sparprogramm zum jetzigen Zeitpunkt wäre ökonomisch unsinnig und würde eine Wiederbelebung der Wirtschaft abwürgen. Außerdem würden wichtige Investitionen in die Infrastruktur verhindert.

Deshalb ist es dringend erforderlich, dass Bund und Länder die Stadt Laatzen und die anderen Kommunen unterstützen und entlasten:

- Es gilt, die Handlungsfähigkeit von Städten und Gemeinden in der Krise zu sichern!
- Es gilt, einen sprunghaften Anstieg der kommunalen Verschuldung zu vermeiden!
- Es gilt, die Investitionsfähigkeit unserer Stadt und der anderen Kommunen in und nach der Krise zu sichern!

Der Rat der Stadt Laatzen fordert daher den Bürgermeister auf, die von Bundesfinanzminister Olaf Scholz ergriffene Initiative für einen kommunalen Solidarpakt 2020 zu unterstützen und sich dafür einzusetzen, dass dieser Vorschlag jetzt zeitnah umgesetzt wird.

Der Vorschlag sieht vor, dass Bund und Länder gemeinsam den Gemeinden die Verluste bei den Gewerbesteuereinnahmen in diesem Jahr pauschaliert ausgleichen. Der Ausgleich soll zu jeweils gleichen Teilen zwischen dem Bund und dem jeweiligen Land aufgeteilt werden. Diese Hilfe muss jetzt schnell kommen. Nur so kann die Handlungsfähigkeit in unserer Stadt gestärkt werden. Der Ausgleich soll im laufenden Jahr erfolgen.